

---

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über Niedrigschwellige Zugänglichkeit der Stadtteilzentren durch bessere Beschilderung

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.06.2026 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2884/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass Stadtteilzentren in Berlin künftig im ÖPNV-Leitsystem vergleichbar mit Kultureinrichtungen und anderen Einrichtungen von gesamtstädtischer Bedeutung ausgewiesen werden – etwa durch Hinweisschilder an U-Bahn-, S-Bahn- und Tramhaltestellen sowie im öffentlichen Straßenraum.

Das Bezirksamt hat am Datum beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt hat sich mit dem obenstehenden Anliegen mit Blick auf die Zuständigkeit für Stadtteilzentren an die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung gewandt. Die Senatsverwaltung verweist darauf, dass eine gute Orientierung und Erreichbarkeit der Stadtteilzentren wesentlich dazu beitragen, dass die dortigen Angebote genutzt werden können. Bisherige Erfahrungen zeigen jedoch, dass diesbezügliche Verbesserungen häufig an unterschiedlichen Zuständigkeiten und Finanzierungsfragen scheitern. Mit Verweis auf Unkenntnis auf Seiten der Senatsverwaltung u.a. zu Erfahrungen mit der Beschilderung von öffentlichen und sozialen Einrichtungen und dortig fehlenden personellen und zeitlichen Ressourcen für einen umfassenden landesweiten Optimierungsprozess, sieht die Senatsverwaltung sich nicht im Stande, dem obg. Anliegen zu folgen.

A) Rechtsgrundlage:

§13 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

Berlin, den

Bezirksbürgermeisterin Remlinger